

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Konto: Hannover 576 13
Erlaubnis-Nr.: 24171

Der Abonnementpreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig
Nur zeitigen Preis: Die siebengefaltete Kolonialzeitung oder deren Raum 100 Goldpfennig



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: G. Hansmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. B., Bismarckhauser Straße 38 42
Telefon-Nummern: 88, 89, 98
Telegramm: Arbeiterverband Bochum

Micumsystem oder Sachverständigengutachten?

Rechtsgerichtete Kreise in Deutschland in trauriger Gemeinschaft mit den Kommunisten heben gegen das Sachverständigengutachten, und beide Richtungen behaupten, daß keine Verbesserung besser sei für das deutsche Volk als seine Annahme. Mit einigen Worten ist darzutun, wie falsch diese Auffassung ist. Daß es zu dem Micumsystem kam, ist Schuld der Erfüllungs-labotage deutscher Industrie- und Finanzkreise, wie im einzelnen besonders aus dem Jahre 1922 mit Tag und Datum dokumentarisch belegt werden kann. Die Belastung durch die Micumverträge, die Zellgrenze im Ruhrgebiet und die Wegnahme der Eisenbahn beträgt heute wenigstens 2 1/2 Goldmilliarden pro Jahr. Die Zolleinnahmen, Weidlagnahmen usw. betragen nach französischen Mitteilungen von Ende Mai: für die ersten Monate 1924 90 Millionen Goldmark, auf ein Jahr umgerechnet 216 Millionen, mit den Einnahmen aus der Eisenbahregie mindestens 1 Milliarde. Die Verleihungssollen sind mit 600 Millionen zu rechnen, der Reichshaushalt hatte für Leistungen aus dem Friedensvertrag im letzten halben Jahr 160 Millionen aufzubringen, das sind auch mindestens 300 Millionen pro Jahr, zusammen also

mindestens 2 1/2 Milliarden Micumlast.

Dabei sind noch nicht gerechnet die gar nicht abzuschätzenden Erhöhrungen der Wirtschaft, die durch das Micumsystem mit bedingte Arbeitslosigkeit und die vielfachen Veräufertigungen und Zersetzungen, wie militärische Verabuma, sie mit sich bringt. Diesen Kosten gegenüber bedeuten die Kosten aus dem Sachverständigen-gutachten eine Erleichterung, womit natürlich nicht gesagt ist, daß diese Belastung berechtigt oder auf die Dauer tragbar ist.

Die Belastung nach dem Gutachten.

Deutschland soll nach dem Gutachten leisten für Mill. Goldm.

Jahr	Umlaufvermögen	Reiner Gewinn	Industrieerträge	Gewinn aus Handel	Verlust von Wertpapieren	Verlust von Wertgegenständen	Zinsausgaben
1921/25	200	---	---	---	---	---	1000
1925/26	395	---	125	---	---	---	1220
1926/27	550	200	250	110	---	---	1300
1927/28	660	200	300	500	---	---	1750
1928/29	660	200	300	1250	---	---	2500

Die Hauptgrundzüge des Gutachtens

sind folgende:

1. Vorbedingung zu irgendeiner Lösung der Reparationsfrage ist die Stabilisierung der deutschen Währung und der Ausgleich des deutschen Budgets. Eine solche ist nur möglich, wenn Deutschland die wirtschaftlichen Mittel seines Gebiets zur Verfügung hat und darin und damit frei wirtschaften kann.

2. Eine Sicherung der Währung wird nur gewährleistet, wenn die Befehlswährungen, insbesondere auch die Rentenmark, durch eine echte Goldwährung (Goldnotenkauf) ersetzt werden.

3. Der deutsche Staat muß so aufgemacht werden, daß er nicht nur die unenen Verrechnungsansprüche deckt, sondern auch für die Kriegsschulden ausreichende Beträge bereitstellt. Dies ist nach Ansicht des Dawes-Komitees bei geeigneter Verringerung möglich, ohne die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung unter diejenige der wichtigsten Ententestaaten sinken zu lassen.

4. Die Kosten des Friedensvertrages müssen in eine Summe zusammengefaßt werden. Bei dem jetzigen geschwächten Zustande der deutschen Wirtschaft ist eine Zahlung im ersten Jahre überhaupt nicht, in den drei folgenden Jahren nur in allmählich steigendem Maße möglich. Deswegen muß das erste Jahr, in dem Sachleistungen gemacht werden müssen, durch eine auswärtige Anleihe von 800 Millionen Goldmark gestützt werden, im zweiten Jahre muß für einen Teil der Reparationslast der Betrag durch Verkauf von Eisenbahnobligationen herbeigeführt werden.

Nach dem Normaljahr von 1928/29 tritt eine etwaige Steigerung ein, wenn Deutschlands Wohlstand sich hebt. Diese Hebung wird noch einem „Wohlfstandsindex“ gemessen. Würde die deutsche Wohlstandsentwicklung etwa in gleichem Maße vor sich geben wie in dem Jahrzehnt vor dem Weltkriege, so würde ein jährlicher Zuwachs von etwas über 3 Prozent in Betracht kommen. Für die Jahre 1929 bis 1934 sieht aber das Sachverständigengutachten davon nur die Hälfte vor.

Wie die Tabelle zeigt, nimmt das Sachverständigen-gutachten die Lasten

1. aus einer Belastung der in die Form einer Privatgesellschaft zu überführenden Eisenbahnen, die insgesamt mit 2 Milliarden Goldmark belastet werden, wovon der Entente 11 Milliarden zufallen;
2. aus der Eisenbahnverkehrssteuer;
3. aus einer Sachwertsteuer der Industrie in der Form von Obligationen, die 5 Milliarden Goldmark umfaßt;
4. der Rest der erforderlichen Steuersumme wird aus dem Etat aufgebracht, insbesondere lasten dafür die Zölle, die Steuern auf Zucker, Bier, das Alkoholmonopol und das neu zu schaffende Tabakmonopol.
5. Damit wird nur gesichert, daß die Beträge in deutscher Währung aufgebracht werden. Ob und wieviel davon in Devisen bezahlt werden kann, ob und wieviel in Sachleistungen abgenommen wird, das regelt ein „Agent für Reparationszahlungen“, der diejenigen Beträge, die nicht ohne Gefahr der Erschütterung der deutschen Währung ins Ausland übertragen („transferiert“) werden können, für Rechnung der Entente in Deutschland ausleihen kann. Dies bis zu einem Betrage von fünf Milliarden Goldmark. Ist dieser Betrag erreicht, so hören deutsche Reparationszahlungen so lange auf, bis wieder „transferiert“, d. h. in Waren oder Geld ohne Erschütterung der deutschen Währung ins Ausland geliefert werden kann.

6. Zur Kontrolle der deutschen Reparationsleistungen werden eingesetzt: neben dem „Agenten für Reparationszahlungen“ je ein Komitee für Eisenbahnen, Goldnotenbank und die Verbrauchseinnahmen und Monopole mit je einem Ententekommissar als Vorsitzenden; dazu ein Komitee für die Industrieobligationen.

Ueber die Wirkungen des Gutachtens

äußert sich in der „Gewerkschafts-Zeitung“ Prof. Strich in klarer Weise. Wir folgen im nachstehenden seinen Ausführungen: „Die Ausführung des Gutachtens wird eine wesentliche Besserung in der deutschen Wirtschaft bringen, wenn auch nicht in dem Ausmaß, mit dem zu rechnen gewesen wäre bei Fortführung der Politik Wirtschaftlicher. Die Sicherung vor neuer Geldentwertung ist hier zunächst das Wesentliche, wie jeder ohne Erläuterung begreift, der das Elend der Inflation am eigenen Leibe gefoht hat. Die Micumlasten fallen weg. Aus der 900-Millionenanleihe werden die Sachleistungen bezahlt, auch die Reparationskosten, so daß den auf dies Micumsystem gestützten Klagen des Ruhrbergbaus der Boden entzogen wird. Das ist für die Bergarbeiter-schaft von allergrößtem, dringlichem Interesse, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Am 1. Januar 1925 hört auch die einseitige Weisbegünstigung aus dem Versailles Vertrag auf. Danach mußten wir den Ententestaaten in ihrer Ein- und Auswärtigen Vorteile gewähren, die sie uns nicht gewähren brauchten.“

Professor Strich zählt den Vorteil für uns jährlich auf fast 1 Milliarde Goldmark, das sind 1/7 unseres Volkseinkommens.

Die Bedenken gegen das Gutachten

laut Professor Strich in vier Punkten zusammen:

1. Die Belastung des deutschen Volkes wird zunächst bedeutend schwerer als der Dawes-Vorschlag annehmen.
2. Der Plan enthält eine wirtschaftliche Ungerechtigkeit, indem er schon Teile der deutschen Schuld kapitalisiert, d. h. Teile des deutschen Volkseinkommens überhaupt gefordert werden.
3. Die rechtlich schädlichen Gefahren liegen darin, daß die Eisenbahnfrachten nicht mehr nach den Interessen der deutschen Wirtschaft allmählich reduziert werden, und vor allem auch, daß die deutsche Zinspolitik nicht mehr in unserer eigenen Hand, sondern im Interesse der Transferrierung in fremde Hände geht. Ferner liegt aber eine recht beträchtliche Gefahr für das künftige Lohnniveau.
4. Die Verteilung der Lasten, die der Verzicht vornimmt, ist zunächst einmal rechtlich ungleich und trifft unvorteilhaftestermaßen die Arbeiterschaft in ihrer Eigenschaft als Arbeiter sowohl wie als Verbraucher. Wir wollen diese Punkte untersuchen, um daraus die wirtschaftlichen Möglichkeiten zu finden, nach denen Umgestaltung und Ausbau unseres Reparationsplans unter allgemeinen Gesichtspunkten sowohl wie insbesondere unter denjenigen der Arbeiterschaft notwendig ergeben.

Eine Mitschuld an dieser hohen Belastung

schreibt Professor Strich mit Recht dem deutschen Unternehmertum, den Erfüllungslabotoren, zu:

„Es galt bei manden „Sachverständigen“ des Reichsverbandes der deutschen Industrie stets als vaterländische Pflicht, die deutsche Wirtschaft als rettungslos passiv darzustellen, also als eine solche, die mehr verzehrt als sie erzeugt. Insbesondere wurde der Nachschub den Tag als die Ursache dieser immer weiter gehenden Verelendung der deutschen Wirtschaft bezeichnet. Daß diese ganze Zeitsweise der Wirklichkeit nicht entspricht, ist in meiner Schrift „Die deutsche Währungsfrage“ eingehend dargelegt. Auf das Ausland aber haben derartige pseudopatriotische Behauptungen genau gegenteilig gewirkt. Auf Grund der bitteren Klagen über Verelendung der Wirtschaft erwartete man in Deutschland heruntergewirtschaftete Eisenbahnen, zerfallene Fabriken, vielleicht sogar unterernährte Unternehmer zu finden. Statt dessen sah man ausgebaute Fabriken, ein ganz leidlich wiederhergestelltes Eisenbahnnetz und bis vor kurzem eine verhältnismäßig große Zahl neuer Unternehmer und keine Zusammenbrüche. Daraus und auch auf Grund einzelner Mißgriffe in dem den Sachverständigen vorgelegten Material sind diese nun zu einem genau umgekehrten Schluß gekommen, nämlich, daß die deutsche Wirtschaft sich schnell wiederhergestellt habe, daß die deutschen Eisenbahnen in besserem Zustand seien als die der Ententestaaten selber, und daß also die Wirtschaftskraft Deutschlands unverhältnismäßig viel größer sein müsse, als irgend jemand es bisher gesagt hat. Zwar sehen auch die Sachverständigen, daß das Micumsystem uns ungeheuer schädigt, aber sie halten es für eine vorübergehende Folge der Kreditnot, was in Wirklichkeit einer weitgehenden

Selbstorganisation unserer Wirtschaft

entspricht. Es liegt Anlaß zu der Vermutung vor, daß sie zwar das jetzige Volkseinkommen ziemlich niedrig einschätzen, aber der Meinung sind, daß die deutsche Wirtschaft sehr schnell wieder aufsteigen, und daß sie nach etwa vier Jahren in Gold (allerdings einschließlich der Geldentwertung) beinahe das gleiche Volkseinkommen wieder erreicht haben werde, das sie vor Kriegsausbruch auch gehabt hat, trotz der Abstreitung der Nahrungspvovingen und trotz der Abstreitung der Bergwerke im Saargebiet und in Oberschlesien und trotz des Verlustes der lothringischen Erzfelder. Leider haben unsere Ministerien an tatsächlichen Material solches vorgelegt, das jeden Rationalökonom auf starkste Steigerung der produktiven Volkskraft schließen läßt, nämlich: Mitteilungen über verhältnismäßig schnelles Wiederanwachsen unserer Volkseinkommen. Von 1918 bis Anfang 1923 ist die Volkzahl von 59 1/2 Millionen wieder auf beinahe 64 Millionen gestiegen. Ueberraschendes Anwachsen der Erwerbstätigen: 30 Millionen hatten wir 1907, es müßten nach den Abstreitungen 27 1/2 sein, ausgewiesen haben wir aber 33 Millionen. Bei steigender Volkzahl sinkende Ausfuhr an Lebensmitteln und doch nicht erhöhte Sterblichkeit, starken Wiederaufbau im Eisenbahnwesen und sogar Ueberhöhung der wahrscheinlichen Leistungen der Bahnen im nächsten Jahr — in den Angaben unserer eigenen Verwaltung —, aus alledem machen sich Rationalökonomien von dem Range eines Dawes, Stamp und ihrer Mitarbeiter ihren eigenen Vers. Nicht genügend betont wurde aber offenbar, daß das starke Anwachsen unserer

Erwerbstätigen teilweise eben doch eine Folge der Verarmung von Volk und Wirtschaft gegenüber 1914 ist, daß der Wiederaufbau unserer Eisenbahnen produktive Erwerbstätigen für große Teile war, also gar nicht in dem vermuteten Maße Verarmung, und daß in allem obendrein noch ziemlich viel Täuschung liegt, weil in unserer Wirtschaft viel zu viel Arbeitskraft in viel zu vielen Handels- und Bankgeschäften ganz unproduktive Arbeit tut. Folglich: daß die Vereinigungskräfte, die kommen wird und an deren Ende wir noch lange nicht stehen, dieses Bild der guten Verhältnisse zunächst einmal gründlich verändern wird, daß also die Patriotenklischee schnellen starken Wiederaufbaus unserer Wirtschaftskraft bei weitem nicht so groß ist, wie Dawes und die Zeitungsredaktionen vorgetragen haben und nach dem Augenblick offenbar angenehmer haben (wobei noch hinzukommt, daß die beiden Eisenbahnfachverständigen in ihrem Berichte nicht mit der gleichen ruhigen Objektivität geurteilt haben, die die sonstige Arbeit des Dawes-Komitees auszeichnet, sondern den „klärenden“ Stand unseres Eisenbahnwesens weitestgehend übertrieben und recht unsozial rechnen. Für das nächste Jahr wollen sie die Eisenbahnfrachten auf 150 Prozent des Friedensniveaus setzen, demnach offenbar doch auch die Preise, die Arbeiterlöhne aber nur auf 93 Prozent des Friedens, also eine recht beträchtliche Verarmung des Reallohns. Daraus ergibt sich folgende Schlussfolgerung: Das Dawes-Komitee berechnet die normalen Ausgaben für Reich, Staat und Gemeinden einschließlich auf etwa 6 Milliarden Goldmark, diejenigen für Reparationen auf 2 1/2 Milliarden Goldmark. Das heutige deutsche Volkseinkommen wurde ihm mit 25 Milliarden angegeben, dasjenige vor dem Krieges war etwas über 30 Milliarden. Dem heutigen Volkseinkommen, so sind die Sachverständigen überzeugt, können die Deutschen überhaupt keine Reparationen zahlen, von demjenigen in vier Jahren aber 2 1/2 Milliarden. Demnach gilt die folgende Rechnung: Die Belastung nach dem Dawes-Vorschlag beträgt bei einem Volkseinkommen von

- 25 Milliarden Goldmark 21 Prozent (reine Annahme),
- Zwischenschulden 40 Milliarden Goldmark 28 Prozent,
- Zwischenschulden 25 Milliarden Goldmark 23 Prozent,
- Normaljahr 1928/29 30 Milliarden Goldmark 24 Prozent (Annahme des Dawes-Komitees).

Zu der normalen Steuerbelastung des Deutschland der Vorkriegszeit etwa 15 bis 17 Prozent des Volkseinkommens ausgemacht haben mag, so wäre in der Tat der jetzige Vorschlag, der insgesamt einschließlich Reparationen etwas über 20 Prozent bringt, nicht übermäßig — wenn eben dieses Volkseinkommen erreicht werden könnte. Aber auch wenn man die jetzige Entwertung des Geldes und die daraus hervorgehende internationale Preissteigerung als zunächst einmal dauernd zugrunde legen wollte, so wird deswegen voranschreitlich die Last schwerer werden, weil eben die Steigerung unseres Volkseinkommens erst durch eine schwere Krise hindurch und dann sehr wahrscheinlich viel langsamer erfolgen wird, als es dem Dawes-Komitee aus dem Mangel zwischen Klagen unserer Wirtschaftsführer und der Wirklichkeit eines mühen, unter Entbehrungen weitestgehender Besonnenen Aufbaus erschienen ist. Um so größer wird das Interesse an der Verteilung der Last, sowohl in zeitlicher Hinsicht, wie bezüglich der Quellen, aus denen die deutsche Volkswirtschaft die Mittel erschließen soll.

Die Entente hat bereits 1921 die Privatisierung der deutschen Schuld verurteilt, als sie für die 132 Milliarden des Londoner Ultimatum Goldleihen ausstellte, die aber nicht unterzubringen waren, weil Zins und Amortisation durch Deutschland nicht genügend amortisiert war. Jetzt ist die Endsumme der Schuld nicht festgelegt, da kann für 11 Milliarden Eisenbahn- und 5 Milliarden Industrieobligationen verkauft werden. Von den Summen des Normaljahres bedeuten die Obligationen nicht ganz 40 Prozent. Demnach wäre der

Gesamtbetrag der deutschen Schuld auf 40 Goldmilliarden

veranschlagt und würde der Zinsausgaben von 1 Prozent jährlich in etwa 36 Jahren genügt sein. Das ist aber nirgendwo ausdrücklich gesagt, und so besteht allerdings die Gefahr, daß bei irgendeiner Umänderung der Meinungen zwar Teile des deutschen Volkseinkommens abverkauft sind, aber die Gesamtschuld selber gar nicht endgültig festgelegt ist. Das erweist aber wieder außerordentlich die Kapitalisierung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler, zur Verringerung ihres Wiederaufbaues kommen: Deutschland, weil es vertraglich verpflichtet ist die Räumung der besetzten Gebiete verlangen und auch mit einer äußersten Anstrengung sich wieder freie Bahn für seine ganze Wirtschaft schaffen kann. Nicht zum mindesten auch Freiheit in seiner ganzen Wirtschaftspolitik, die bis dahin nicht mehr allein von ihm, sondern eben von den Kommisaren seiner Gläubiger mit bestimmt wird. (Man beachte doch dies: Als man in Cannes von Rathenau verlangte, daß der deutschen Reichsbank ein ausländischer „technischer Berater“ beigegeben würde, da lehnte dieser Erfüllungspolitiker solches Ansuchen als Beeinträchtigung der deutschen Souveränität schärfstens ab. Jetzt müssen wir eine größere Zahl solcher „Berater“ annehmen, und jetzt tut es der Reichsverband der deutschen Industrie ohne Beschränkung!)

Belastung des Verbrauchs. - Gefahr für den Reallohn.

Die deutschen Arbeitnehmer haben aber jetzt ein besonderes Interesse daran, daß die Reparationen bald vom privaten Kapitalmarkt übernommen und nur mehr, in eine einfache Schuld verwandelt werden, deren Zinsen nicht mehr durch besondere Garantien, sondern durch die allgemeine staatliche Finanzpolitik aufgebracht werden; denn vorläufig steht das Sachverständigengutachten für die Reparationslast vor allen Dingen schwere Belastungen des Verbrauchs vor und es enthält eine indirekte nicht geringere Gefahr, daß der Reallohn der deutschen Arbeiter durch die Zinspolitik, die von der Entente mitbestimmt wird, tiefergehalten wird. Und obendrein: Ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft hält eine Ausbreitung der Gemeinwirtschaft für dringend erwünscht. Die Ver wandlung der Eisenbahn in eine Privatgesellschaft und ihre Belastung mit privaten Obligationen liegt sicherlich nicht in dieser Richtung, und die Verpflichtung der einzelnen privaten Unternehmungen, zur Obligationenschuld gegenüber der Entente begünstigt dergleichen auch nicht. Auch das muß einmal deutlich gesagt werden.

Arbeiterinternationale und Reparationsproblem.

Am 14. Juli fand in Amsterdam eine gemeinsame Beratung des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) und des Bureaus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (London) statt. An ihr nahmen teil: als Vertreter des I.G.B. Purcell (England, Vorsitzender), Mertens (Belgien), Donhaury (Frankreich), Leipart (Deutschland) und der Sekretäre Ludegeest, Sallenbach und Brown; als Vertreter der I.A.I. Bell (England), Blum (Frankreich), Wandervelde (Belgien), de Brondere (Belgien), Hermann Müller (Deutschland), Vliegen (Holland) und der Sekretär Adler.

Zur Beratung standen die mit dem Reparationsproblem zusammenhängenden Fragen, insbesondere das Sachverständigengutachten, die Londoner Regierungskonferenz und die Verteilung des Aachener Beschlusses. Nach eingehender Diskussion, die allen Anwesenden Gelegenheit zum Meinungsanstausch bot, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Konferenz verzichtet in diesem Momente darauf, das ganze Problem der ökonomischen und politischen Schwierigkeiten, in die der Weltkrieg die Menschheit gestürzt hat, darzulegen. Dies ist in den Beschlüssen der Konferenzen von Amsterdam im April 1921, des Kongresses im Haag im Dezember 1922 und des Kongresses in Hamburg im Mai 1923 eingetragend geschehen. Die Konferenz erinnert heute bloß daran, daß schon auf Grund der Beschlüsse der Frankfurter Fünfländer-Konferenz im März 1922 sich folgende Forderungen ergaben:

1. Die endgültige Festlegung der von Deutschland nach verschuldeten Summe auf einen Betrag, der in seinem Gegenwertwert den wirklichen Betrag der materiellen Reparationen darstellt.
2. Die Festlegung eines Zahlungsplanes, der mit Hilfe internationaler Kreditoperationen sobald wie möglich Deutschland von seiner Schuld befreit und alsbald den Gläubigermächten die zur Reparation notwendigen Summen zur Verfügung stellt.
3. Den Abschluß von Uebereinkommen zwischen den alliierten Regierungen, die es ermöglichen, für die eigentlichen Wiedergutmachungen die Gesamtsumme der erwähnten Zahlungen zu verwenden. Das heißt seitens der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten von Amerika voraus: a) Verzicht auf die Forderungen von Deutschland, soweit sie Militärpensionen betreffen; b) allgemeine Annulierung ihrer gegenseitigen Forderungen und Schulden.

Die Konferenz stellt fest, daß der Plan der Sachverständigen zwar gewisse Anlässe zur Lösung des Problems im Sinne der ersten beiden Forderungen enthält, daß er aber bezüglich des dritten Punktes versagt. Sie stellt fest, daß der Plan der Sachverständigen das Reparationsproblem in der Weise zu lösen sucht, daß er der deutschen Arbeiterklasse verhältnismäßig ungleich schwerere Lasten auferlegt als den kapitalistischen Klassen Deutschlands und die deutsche Reichs-Eisenbahnverwaltung kapitalistischen Einflüssen des Auslandes aussetzt.

Sie erklärt daher, daß es aus diesem Grunde unmöglich ist, diese Lösung als eine den Forderungen der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Internationale entsprechende anzusehen.

Indes, trotz aller Mängel und Fehler des Sachverständigengutachtens würde ein Scheitern der gegenwärtigen Aktion nichts Besseres an seine Stelle setzen, sondern im Gegenteil die Krise Europas auf das Schlimmste verschärfen. Unter diesen Umständen ist die Durchführung des Sachverständigenplans heute die einzige unmittelbar mögliche Lösung.

Die beteiligten Regierungen haben sich übrigens bereits über die uneingeschränkte Annahme des Sachverständigengutachtens geeinigt, die die Aufhebung der wirtschaftlichen Besetzung der Ruhr mit Einschluß von Düsseldorf, Aachen und Trier, sobald die im Sachverständigengutachten festgesetzten Bedingungen erfüllt sein werden, mit sich bringt. Andererseits müßte jeder Versuch, die militärische Okkupation länger aufrecht zu erhalten als die ökonomische, zur Folge haben, daß

1. der Zustand der Wirren und der Unsicherheit, der die Wiederherstellung des Friedens und den Wiederaufbau Europas verhindert, weiter bestehen bliebe;
2. die Durchführung des Planes der Sachverständigen in Gefahr geriete, indem das Vertrauen, das diese selbst für seinen Erfolg als unbedingt notwendig erachten, erschüttert würde.

Daher fordert die Konferenz die Aufhebung der militärischen Besetzung der vorstehend bezeichneten Gebiete, gleichzeitig mit der Aufhebung der ökonomischen.

Sie fordert auch, daß Deutschland von der Konferenz in London eingeladen werde, so daß endlich an Stelle des Systems des Diktats das System der Verhandlungen gleichberechtigter Völker tritt.

Die Konferenz betont die Notwendigkeit der unverzüglichen Ratifikation des Abkommens von Washington über den Aachener Beschlüsse in allen Ländern. Sie nimmt zur Kenntnis, daß der Sachverständigenplan seinem Sinne nach jeden Angriff auf den Aachener Beschlüsse in Deutschland ausschließt und erwartet, daß gemäß dem einstimmigen Beschluß der Arbeitergruppe auf der jüngsten Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf das Internationale Arbeitsamt seine Bemühungen für die Sicherung des Aachener Beschlusses fortsetzt.

Vor allem aber fordert die Konferenz, daß der Sachverständigenplan sobald als irgend möglich ergänzt werde durch Maßnahmen, die der Entschärfung der Frankfurter Fünfländerkonferenz in allen Punkten Rechnung tragen.

Die Sekretäre der beiden internationalen Organisationen wurden beauftragt, die nötigen Vereinbarungen zu treffen, um bald eine neuerliche gemeinsame Sitzung einzuberufen, in der insbesondere die Frage der Garantieverträge erörtert werden soll.

Zollwucher.

Kaiser, als man noch vor kurzem annehmen konnte, ipiti sich die Lage in Deutschland zu. Alle bürgerlichen Parteien haben im Reichstag Zollschutz für die Landwirtschaft verlangt. Das aus dem Kriege hervorgehende Ermächtigungsgesetz, auf Grund dessen die Regierung die Zollauspläne ohne den Reichstag hätte durchsetzen können, lief Ende Juni ab. Wegen des In-Vertrags der Sozialdemokraten wagte die Regierung nicht, von der Ermächtigung Gebrauch zu machen, sondern arbeitete ein Zollgesetz aus, das infolge Gebrauches in der Presse veröffentlicht wurde. So etwas geschieht natürlich nicht, ohne daß die Regierung mit großen Parteien Fühlung nimmt. Die Sozialdemokraten sind dabei aber völlig übergegangen worden. Am 15. Juli fand eine Aussprache von Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenverbände mit der Reichsregierung statt, wobei Grafmann (ADGB) den entscheidenden Widerstand der freien Gewerkschaften gegen die Zollauspläne ankündigte. Paltrauch von den christlichen Gewerkschaften sprach sich für den Zollschutz, aber gegen den Zoll auf Getreide und Viehfleisch aus. Fabund und Kirch-Dundersche schloßen sich dem Standpunkt der freien Gewerkschaften an.

Im Reichswirtschaftsrat wurde am 14. Juli die Vorlage besprochen. Ein Antrag, die Preise zuzulassen, wurde mit Hilfe der Vertreter der christlichen Gewerkschaften abgelehnt! Unter dem Eindruck der Tatsache, daß infolge der Freigabe der Ausfuhr für Getreide die Preise sprunghaft angezogen hatten, wagte der Reichswirtschaftsrat noch nicht zu entscheiden, sondern setzte einen Arbeitsschutz zur Beratung der Fragen ein.

Der Reichsernährungsminister v. Knipf hat der Presse gegenüber die Vorlage begründet. Die kleinen Mittel der Kreditlinie, der Ausfuhrfreigabe und Steuererleichterungen helfen nach ihm nicht, sondern

nur Hilfe. Er verspricht sich von den Böllen eine intensivere Landwirtschaft. Das ist falsch. Wie in der Industrie künstlich durch Monopole hochgehaltene Preise zur Vernachlässigung des technischen Fortschritts führen, genau so droht als Folge künstlich durch Bölle gesteigerter Preise verschlechterter (eigenlicher) landwirtschaftlicher Betrieb. Knipf behauptete weiter, daß der Zoll keine nennenswerte Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte bringe und deshalb die Wäßen nicht besonders belasten werde. Das ist natürlich Unsinn. Am 8. Juli kosteten an der Berliner Börse Weizen bis 143 Mk., Roggen bis 133 Mk., Weizenmehl bis 23 1/2 Mk., Roggenmehl bis 21 1/2 Mk. Nach der Freigabe der Getreideausfuhr stiegen bis zum 14. Juli die Preise für Roggen auf 146 Mk., Weizen 162 Mk., Weizenmehl auf 26, Roggenmehl auf 23 1/2 Mk. Am 15. Juli stand Weizen auf 180, Roggen auf 150 Mk. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich diese Preise in wenigen Tagen im Kleinhandel auswirkten. Herr v. Knipf glaubt wohl selbst nicht an die „geringe“ Belastung der Wäßen durch Preissteigerungen, denn er versprach Eintreten der Regierung für „Preisrestriktionen“, Verringerung der Zwischenhandelspreise usw. Wer glaubt an einen Erfolg nach den Erfahrungen mit dem Kartellgesetz? Herr v. Knipf glaubt, daß die Agrarölle die Landwirtschaft beleben, auf die Industrie betrübend wirken, die Industriepreise senken und die Arbeitslosigkeit abschwächen würden! Heilige Einfalt, die nichts aus den Erfahrungen nach 1902 gelernt hat! Das Gegenteil wird bei dem Schutzoll eintreten: Preissteigerung auf allen Gebieten, verminderte Kaufkraft der Arbeitnehmer, wachsende Arbeitslosigkeit. Deshalb gilt es: Kampf dem Schutzoll!

Starke Anziehen der Großhandelspreise.

Die starke Preissteigerung am Getreidemarkt hat bereits zur Folge gehabt, daß das Gesamtniveau der Großhandelspreise in der letzten Woche sich wesentlich erhöht hat. Nach amtlicher Mitteilung hat die auf den Stichtag des 15. Juli berechnete Großhandelsindexzahl des Statistischen Reichsamts gegenüber dem Stande vom 8. Juli (112,0) im wesentlichen unter dem Einfluß der höheren Getreidepreise auf 117,3 oder um 4,7 Prozent angezogen. Von den Hauptgruppen stiegen in der gleichen Zeit die Lebensmittel von 96,5 auf 104,7 oder um 8,5 Prozent, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 82,2 auf 94,2 oder um 14,6 Prozent. Die Industriegüter sind dagegen mit 140,8 (Vorwoche 111,0) nahezu unverändert, ebenso die Gruppe Kohle und Eisen mit 133,9 (134,0). Die Inlandswaren erhöhten sich von 102,1 auf 109,1 oder um 6,9 Prozent, während die Einfuhrwaren von 161,8 auf 158,1 oder um 2 Prozent nachgaben.

Abwehrkampf gegen Verschlechterungen.

Durchsichtige Nachschichten der Zechenpreise und ihrer Helfersbesser.

In einer vom Zechenverband anberaumten Versammlung mit den Arbeitnehmerorganisationen am 25. Juni wurde unter Hinweis auf die angeblich schwierige Lage verlangt, daß die Zahl der abzugsberechtigten jüdischen Handzeden von 12 auf 10 und der Lohnabzug von 3 auf 10-15 Prozent erhöht werden sollte. Selbstverständlich haben die Arbeitnehmervertreter dieses Ansuchen rundweg abgelehnt, worauf die Arbeitgebervertreter erklärten, daß sie nimmermehr gezwungen seien, die ihnen notwendig und zweckdienlich erscheinenden Wege einzuschlagen.

Diese Wege haben wir nun inzwischen kennen gelernt. Man suchte die einzelnen Arbeiter und Betriebsräte einzuschüchtern und breitzuschlagen. So hat u. a. die Zechen-Charlotte in Altdorf (Ruhr) dem Betriebsrat schriftlich mitgeteilt, daß ein Lohnabzug bis zu 15 Prozent eintreten müsse, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Ähnlich wurde auch anderwärts verfahren. Von der werksfreundlichen Presse wurde ferner berichtet, die Löhne hätten in der Vorkriegszeit auf den jüdischen Handzeden 10 und mehr Prozent niedriger gestanden als auf den übrigen Zeden des Ruhrgebiets, und ein solcher Lohnunterschied sei auch jetzt notwendig und gerechtfertigt. In Wirklichkeit betrug dieser Lohnunterschied jedoch nur 3,20 bis 4,13 Prozent, wie sich aus der folgenden Uebersicht ergibt, wonach der Durchschnittslohn je Arbeiter und Schicht betrug (in Mark) in den Jahren

	1910	1911	1912	1913
Jüdische Bergreviere . . .	4,39	4,54	4,86	5,18
Nördliche Bergreviere . . .	4,59	4,74	5,08	5,42
Gesamtdurchschnitt . . .	4,54	4,69	5,03	5,36

Die Durchschnittslöhne in den jüdischen Bergrevieren betragen mithin im Verhältnis

zu den nördlichen Bergrevieren	95,64%	95,78%	95,67%	95,57%
zum Gesamtdurchschnitt	96,70%	96,80%	96,62%	96,61%

Trotz dieses klaren Tatbestandes suchte die werksfreundliche Presse darzutun, daß die Löhne auf den jüdischen Handzeden in der Vorkriegszeit um etwa 10 Prozent niedriger standen als auf den übrigen Zeden des Ruhrgebiets, indem sie die Löhne von Schürbank und Charlottenburg, Alte Haase und Johannes gegen den Durchschnittslöhnen in anderen Bergrevieren gegenüberstellte. Nun hatten aber die hier zum Vergleich herangezogenen Zeden mit die niedrigsten Löhne, und die Gegenüberstellung mit den Durchschnittslöhnen in anderen Bergrevieren muß folglich ein jähres Bild ergeben. Der Vergleich wäre nur zulässig, wenn den drei angeführten jüdischen Handzeden drei gleich ungünstige Zeden aus anderen Bergrevieren gegenübergestellt würden. Ein solcher Vergleich hätte ebenfalls gezeigt, daß der Lohnunterschied in der Vorkriegszeit nur 3 bis 4 Prozent betrug, und die jetzige tarifliche Regelung, die nur einen Lohnunterschied von 3 Prozent zuläßt, den Vorkriegsverhältnissen durchaus entspricht.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 26. Juni hatte behauptet, daß die Gewerkschaft Alte Haase eines der ersten Unternehmern sei, welches sich durch die Listen der Preismittel und die Lohnpolitik der Gewerkschaften gezwungen sehe, den Betrieb stillzuliegen. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage. Der Schichtförderanteil je Arbeiter hat auf Alte Haase dem Ruhrdurchschnitt immer ziemlich gleich gestanden, der tarifliche Durchschnittslohn aber war ursprünglich 7,5, dann 5 und zuletzt 3 Prozent niedriger. Auf die Gesamtzahl der Arbeiter berechnet, genaltete sich der Schichtförderanteil je Arbeiter wie folgt:

	Alte Haase I	Ruhrdurchschnitt
1913	0,85 To.	0,88 To.
1914	0,84	0,81
1915	0,78	0,81
1916	0,88	0,75
1917	0,76	0,73
1918	0,72	0,72
1919	0,64	0,59
1920	0,62	0,60

Durch diese Zahlen wird erhärtet, daß die Behauptung der „D. Bergw.-Ztg.“ wirklich jeder Grundlage entbehrt. Nicht

durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften ist die Haase in eine so schwierige Lage gekommen, sondern durch die Rückständigkeit seiner Betriebswirtschaft, die durch die Kreditnot noch außerordentlich verschärft wird. Ähnlich steht es auch bei den übrigen von der Stilllegung bedrohten Zeden.

Die Zahl der Feierschichten wächst, daneben werden aber auch noch teilweise Ueberfrachten verfahren. Wolffs Telegraphen-Bureau verbreitete am 15. Juli eine offenbar vom Zechenverband inspirierte Mitteilung, welche besagt, daß die Herabsetzung der Kohlenpreise ab 1. Juli um 20 Prozent in der Erwartung erfolgt sei, daß sie stärkeren Absatz und gesteigerte Förderung oder, was damit gleichbedeutend ist, eine günstigere Bestellung der Selbstkosten bringen würde. Die zunehmende Einlegung von Feierschichten zeige jedoch, daß diese Hoffnungen sich nicht erfüllten. Auf die Dauer würden die Zeden nicht umhin können, die Frage der Selbstkosten (Material, Löhne usw.) einer Revision zu unterziehen.

In aller Form wird also hier angeknüpft, daß die Bergarbeiter nicht nur die Verluste infolge der Feierschichten, sondern darüber hinaus auch noch unmittelbare Lohnkürzungen tragen sollen, um die Selbstkosten zu verringern. Für die Bergarbeiter sind direkte Lohnkürzungen neben den Feierschichten nicht erträglich. Man wird daher zunächst nach den Ursachen und Zusammenhängen der Schwierigkeiten forschen und vor allen Dingen prüfen müssen, ob und wie der Kohlenhandel seine Aufgaben erfüllt.

Nach dem Bericht der Handelskammer München für Juni ist die Nachfrage nach Kohlen in der allgemeinen Finanznot erstickt. Industrie, Feingewerbe und Hausbrand beschränken sich auf die notwendigen Bestellungen und zehren von den Resten der aufgewickelten Bestände. Die sonst in den Sommermonaten üblichen und notwendigen Eindrückungen fallen weg. Dem Kohlenhandel droht, daß er seine eigentliche Handelsfunktion als Lagerhalter und Warenvermittler des letzten Abnehmers verliere, wenn sich die Zahlungs-, Kredit- und Steuerverhältnisse nicht bald bessern. Wie der Kohlenhandel seine bedeutend gelichteten Lager wieder auffüllen und die Versorgung des Winterbedarfs sicherstellen soll, sei vorerst nicht zu übersehen.

Die verkehrsstilleren Sommermonate sollen dazu benutzt werden, die Lagerbestände aufzufüllen und den Winterbedarf einzudecken, weil das bei der Ueberlastung der Verkehrsmittel in den Herbstmonaten nicht möglich ist. Wenn nun diesmal die in den Sommermonaten üblichen und notwendigen Eindrückungen weggelassen, müssen sie in den Herbstmonaten erfolgen, was zu einer unerträglichen Belastung der Verkehrsmittel führen muß. Schließlich werden dann die Feierschichten durch Ueberfrachten abgelöst, wie wir es ja in der Vorkriegszeit in bunter Reihenfolge immer wieder erlebten. Die Folge dieser entsetzlichen Klauohafheit der privatkapitalistischen Wirtschaft müssen die Arbeiter tragen in Form von Arbeitslosigkeit, Feierschichten, Ueberfrachten, Lohnabbau usw. Das ist natürlich ein immer unerträglicher werdender Zustand und es müssen Mittel und Wege gesucht werden, um zu gebundenen Verhältnissen zu kommen.

Nach Pressemitteilungen soll nun die dreifache Regierung Maßnahmen eingeleitet haben, um die Wirkungen der 20prozentigen Herabsetzung der Kohlenpreise wesentlich zu vertiefen. Durch Einführung eines Wasserumschlagstarifs für Kohle von den Rheinböden nach Süddeutschland soll die polnisch-oberdeutsche Kohle verdrängt und Süddeutschland der Ruhrkohle wieder erdrosselt werden. Durch den Verzicht der Reichsbahnverwaltung auf Erhebung einer dreifachen Abfertigungsgebühr im Durchgangsverkehr durch besetzte Gebiete sollen unbedeutende Härten beseitigt werden. Weiterhin soll begründete Aussicht bestehen, daß die Reichsbahnverwaltung auch auf die ihr zukommende halbe Abfertigungsgebühr an der Grenze des besetzten Gebiets Verzicht leistet.

Ob diese Maßnahmen durchgeführt und zur Debung des Ruhrkohlenabfahes führen werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls kann man den Bergarbeitern nicht zumuten, zu allen bisherigen noch weitere Opfer zu tragen. Die W.A.M.-Bewegung soll offenbar die Stimmung der Bergarbeiter nach dieser Richtung sondieren. Wir können demgegenüber den verantwortlichen Stellen nur raten, den Bogen nicht zu überbannen. Durch die Feierschichten werden die Bergarbeiter schon hart genug betroffen. Direkte Lohnkürzungen sind für sie daher nicht mehr erträglich.

Bravo!

Erfolge der Hausagitation. - Macht's nach!

In letzter Zeit mehren sich die Nachrichten über die Einlegung von Feierschichten sehr bedenklich. Dazu wird vom Wolffschen Telegraphenbureau in Essen berichtet:

Der Umstand, daß die Zeden zu beratigen Maßnahmen greifen müssen trotz der am 1. Juli d. J. eingetretenen Kohlenpreismäßigung um 20 Prozent, kennzeichnet in hohem Maße die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage. Die Herabsetzung der Kohlenpreise ist in der Erwartung erfolgt, daß sie eine stärkere Förderung und stärkeren Absatz oder, was damit gleichbedeutend ist, eine günstigere Bestellung der Selbstkosten bringen würde. Die zunehmende Einlegung von Feierschichten zeigt, daß sich diese Hoffnungen nicht erfüllen haben. Die Zeden werden auf die Dauer nicht umhin können, die Frage der Selbstkosten (Materialien, Löhne usw.) einer Revision zu unterziehen“ (d. h., man ist in maßgebenden Kreisen der Ansicht, die Löhne der Bergarbeiter zu kürzen.)

Diesem beabsichtigten Vorgehen der Unternehmer muß ein Pann entgegengesetzt werden, indem die Organisation gestärkt wird. Der Bezirk Eisinghofen hat im Monat Juli eine Werbewoche veranstaltet mit dem Resultat, daß 433 Mitglieder durch die Agitation für unseren Verband gewonnen wurden. Davon sind beteiligt die Raststätten: Holz-Weide I mit 10, Barop und Stodum mit je 11, Berghofen und Annen mit je 16, Eisinghofen mit 14, Benninghofen und Hengsen mit je 17, Wellingshofen mit 21, Schüren mit 33, Aplerbeck mit 30, Schanze mit 41, Eisinghofen mit 55 und Holzweide I mit 60 Aufnahmen. Aus diesem Ergebnis ist zu ersehen, daß es jetzt Zeit ist, überall kräftig mit der Agitation einzusetzen. Der Bezirk Eisinghofen hat im Ruhrgebiet den Anfang gemacht. In der Zeit vom 20. bis 27. Juli findet für das ganze Ruhrgebiet eine allgemeine Agitation statt. Es ist Pflicht eines jeden organisierten Kameraden, sich an dieser Agitationsarbeit zu beteiligen. Die Agitationsarbeit verläuft von der Bildfläche verschwinden! Die Bergarbeiter haben die Pflicht, ihre Organisation zu stärken. Deswegen rufen wir auch zu: Beläupft einfließen den größten Feind der Arbeiterklasse, die Selbstkürzungen! Das Ansehen des Nichtorganisierten! Der Unorganisierte verhält sich zum Verband wie eine Schwarzerpflanze, die wippt am starken Stamme ihre Kräfte, ohne, als Dank aber Licht und Luft raubt. Die Parole muß sein: Einsein in den Verband, stärkt seine Reihen, seine Kraft, damit er imstande ist, energisch und erfolgreich die Erfolge der Kameraden zu schützen!

Empfehlenswerte und billige Schriften unserer Verbandsbuchhandlung

- Arbeiterversicherung, ihre Entstehung und Entwicklung 0,25
Bell: Die rote Feldpost unter dem Sozialistengesetz (geb.) 0,90
Beran: Die Rheinlande in der Franzosenzeit (Halbbl.) 5,00
Beyer: Menschenökonomie (gebunden) 2,50
Conrad: Die Rheinlande in der Franzosenzeit (Halbbl.) 2,75
Diederich: Von unten auf! Ein neues Buch der Freiheit (Halbleinen) 2,50
Dr. Olga Effig: Die Berufsschule 0,30
Dr. Olga Effig: Beruf und Menschenium 0,30
Ejlow: Kommentar zum Betriebsrätegesetz, Neueste Aufl. 2,80
Ger: Der Gotteslästerer. Roman aus dem Leben der erzg. Waldarbeiter (gebunden) 1,75
Graf: Wie soll man wandern? 0,30
Heine: Wir weben! Politische Gedichte (geb.) 1,50
Sue: Die Bergarbeiter. Zwei Bände (Halbleinen) 8,00
Sue: Ein Leben und Wirken 0,50
Sue-Photographien 17 x 24 cm 0,25
Sue-Photographien auf Postkarten 0,05
Bergh-Seldel: Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsleistung 1,25
Jahresbericht des Verbandes 0,75
Kollnowski: Meine Seele singt! 0,75
Kampffmeyer: Frih Ebert 1,25
Leitfaden für gewerkschaftliche Schulungsarbeit 0,30
Löffler: Um Oberschichten 0,50
Mazepa: Der Bolschewismus und die russische Okkupation der Ukraine 0,40
Majhke: Gewerkschaften und Jugendbewegung 0,30
Mark: Lohnarbeit und Kapital 0,30
Mehlich: Handbuch für das Schlichtungsverfahren 1,75
Mark: Lohn, Preis und Profit 0,30
Nöllenburg: Betriebswirtschaft und Bilanzkritik, 3 Bände 1,50
Nörpel: Aus der Betriebsrätepraxis I-II 2,00
Protokolle der Verbands-Generalsammlungen 0,75
Protokolle unserer ersten Reichs-Jugendkonferenz 0,40
Protokoll der gewerkschaftlichen Jugendkonferenz Leipzig 0,25
Protokoll vom ersten Reichs-Betriebsrätekongress für den Bergbau 0,40
Reichs-Knappschützengesetz 0,40
Reichs-Knappschützengesetz, seine Bedeutung 0,20
Reichs-Knappschützengesetz, was bringt es f. d. Bergarbeiter? 0,15
Satzungen und Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 0,50
Dr. Anna Siemsen: Erziehung im Gemeinschaftsgeist 0,40
Sinclair: König Kehl. Ein Bergarbeiterroman 1,75
Sikowski: Sitten- und Charakterbilder der französischen Revolution (gebunden) 0,75
Thomas: Gib meine Jugend mir zurück! Roman (geb.) 1,00
Walldheer: Erlebnisse auf Spitzbergen 0,30
Verordnung über die Arbeitszeit 0,30
Wiffell: Ohne Planwirtschaft kein Aufbau 0,40
Zickler: Der Sprung in die Welt. Roman (gebunden) 1,25
Zwing: Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften 1,75

B. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstraße 38/42.

Walthorius Hienfong
Die echte extraktierte (Destillat) erhalten Sie zu Friedenspreisen in fast allen Apotheken und Drogerien, wo nicht, beim Hersteller Laboratorium E. Walther, Halle a. S., Mühlweg 20. Probeflasche gratis und franco.
Neu erschienen! Preis 30 Pf. Als Bergmann auf Spitzbergen. Reiseeindrücke und Erlebnisse von Frih Walldheer jun. B. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42

KAISER NATRON
Zu haben in den meisten Geschäften. Man verlange gratis Rezept.

Jogal
hervorragend bewährt bei: Gicht, Rheuma, Nerven- und Kopfschmerzen.
Jogal stillt die Schmerzen und scheidet die Gharstoffe aus.
Best. 0,3% Acid acet. salic., 0,40% Chinin, 12,6% Lith. ad 100 Amyl.

Gute Jugendschriften (Vorzugspreise)
Diederich: Von unten auf! Ein neues Buch der Freiheit (in Halbleinen) 2,50
Leitfaden für gewerkschaftliche Schulungsarbeit 0,30
Die Lebensschule, Heft 5: Die Berufsschule 0,30
Die Lebensschule, Heft 8-9: Beruf und Menschenium 0,30
Siemsen: Erziehung im Gemeinschaftsgeist 0,40
Graf: Wie soll man wandern? 0,30
Bell: Die rote Feldpost unter dem Sozialistengesetz (geb.) 0,90
Heine: Wir weben! Politische Gedichte (gebunden) 1,50
Bestellungen nur durch die Ortsverwaltung. - Sofort zu beziehen durch H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42

Feinseifen Kernseifen und Seifenpulver
Famos
Selbsttätiges Sauerstoff-Waschmittel
Fordert in eurem Konsumverein nur die Marke GEG
GROSSEINKAUFS-GESELLSCHAFT DEUTSCHER CONSUMVEREINE M.B.H., HAMBURG 1 / SEIFENFABRIK DÜSSELDORF

Teilzahlungen
gestatte in wöchentlichen Raten von 3 Mk. bei Bezug meiner Arbeitshosen. Bestellungen erbitte durch Ihre Zahlstelle. Als Mahnangabe erbitte Kundeweite und Schrittlänge.
Mandchester Ia. Qualität . . . 13,00 RM.
Mandchester II. 11,50 "
Zuchleder Ia. tiefblauwarz . . . 8,50 "
Nur alles prima Qualität! W. Hübner, Kleiderfabrik Niederoderwitz (Amtehaus Zittau)

Sehr wichtig für Betriebsräte!!
Slatow: Kommentar zum Betriebsrätegesetz. Neueste Auflage (gebunden) 2,80
Mehlich: Handbuch für das Schlichtungsverfahren Wilhelm auf der Nöllenburg: Betriebswirtschaft und Bilanzkritik. Drei Bände 1,50
Nörpel: Aus der Betriebsrätepraxis I-II 2,00
Protokoll vom ersten Reichs-Betriebsrätekongress für den Bergbau 0,40
Zu beziehen durch H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42.

Achtung! Preisabbau!
Sahrrad-Bereifung
Wulstdecken 28 x 1 1/2, prima grau . . . 3,- Mk.
28 x 1 1/2, extra pa. weiss 4,- "
Bergdecken 28 x 1 1/2, prima grau . . . 4,- "
28 x 1 1/2, extra pa. weiss 5,- "
Luftschläuche 28 x 1 1/2, extra pa. grau . 1,- "
Elektr. Lichtmotor, komplett . . . 14,- "
Sohlenplatte extra prima Qual., besser und haltbarer als Leder, Platte 10 Paar Sohlen 2,50 Mk. - Versand unter Nachnahme, solange Vorrat - Porto und Verpackung wird bei Aufträgen über 20 Mark nicht berechnet.
E. H. Meyer, Gummiwarenvertrieb Frankfurt a. M. I, Schloßbach 206

Neu erschienen! Aus der Neu erschienen!
Geschichte des sächsischen Bergbaues und seiner Arbeiter
152 Seiten mit Anhang und graph. Darstellungen Preis 1,60 Goldmark
H. Hansmann & Co., Bochum

Otto Hue, sein Leben und Wirken
Preis 50 Pf.
Zu beziehen durch die Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 42.
Zur Aufzucht junger Kanarienvogel Sommerjaat
Marke „Ausgereift“
aus-jäh, Hamb. u. Hedderich-frei, Postpaket einzelt. Porto und Verpackung 1,50 Gmt. Ausführt. Preisliste über alle Arten Vogeljaater für Körner- und Insekten-fresser, Papageien, Tauben, Säugetier- und Hundehalter und Zuchtentwürfen kostenlos zu Diensten.
Sommerhaus L. C. Kahl, Frankfurt (Main) C., gegr. 1779

Drucksachen
aller Art für Behörden, Geschäftsleute, Handel, Industrie, Vereine und Privatbedarf, sowie Massenaufgaben in Rotationsdruck liefert in sauberer Ausführung bei preiswerter Berechnung die Firma
H. Hansmann & Co.
Bochum, Wiemelhauserstraße 42.

Meine Seele singt
Preis 76 Pf. Gesammelte Gedichte von Victor Kalinowski Preis 76 Pf.
H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str.

Inserate in der Bergarb.-Ztg. bringen Erfolg!
Wolff & Comp., Klingenthal 34., Nr. 687
Futterale für Mitgliedsbücher Preis 10 Pf.
Hansmann & Co., Bochum

Höhere Löhne
sind heute schwer zu erreichen. Umfomehr muß jeder Bergarbeiter darauf bedacht sein, die Kaufkraft seines Einkommens zu erhöhen, indem er sich einer großen, leistungsfähigen Konsumgenossenschaft anschließt.
In Rheinland und Westfalen bestehen seit mehr als zwanzig Jahren Konsumgenossenschaften, die sich zu achtunggebietenden Verbraucher-Organisationen entwickelt haben. Diese verfügen bereits über:
Große Betriebszentralen
Modern eingerichtete Dampfbäckereien, Mühlen, Fleischereien, Räuchereien, Röstereien
Weinkellereien, Warenhäuser usw.
Für die einzelnen bergbaulichen Bezirke kommen besonders in Betracht:
Konsum- und Sparverein Dortmund-Bamm, Dortmund: 50 000 Mitglieder 105 Verteilungsstellen
Rhein.-Berg. Konsumgenossenschaft »Hoffnung«, Köln: 80 000 Mitglieder 165 Verteilungsstellen
Konsumgenossenschaft »Vorwärts«, Barmen: 33 000 Mitglieder 65 Verteilungsstellen
Konsumverein »Eintracht«, Essen: 90 000 Mitglieder 160 Verteilungsstellen
Konsumverein »Wohlfahrt«, Bochum: 42 000 Mitglieder 90 Verteilungsstellen